

# Ein Stadtratsantrag zur Energiewende und dem Klimawandel

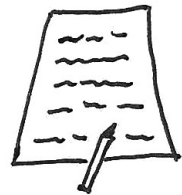
Version 1.01, 07.04.2019



Menschen wollen, dass Politik was bewegt. Politik machen kann man mit „Anträgen“. Wer Anträge schreiben kann, kann Parteien, Stadt- und Gemeinderäte, Landtage, den Bundestag und Verwaltungen zum Handeln bewegen. Daher lohnt es sich zu lernen, wie man Stadtratsanträge schreibt und wie man mit ihnen arbeitet. Anträge für den eigenen Stadtrat haben den Charme: Man muss nicht nach Berlin fahren, um Politik zu machen!

Ein Stadtratsantrag besteht aus drei Teilen:

- a) ein **formeller Weg**, wie ein formulierter Antrag zur Abstimmung kommt,
- b) ein schriftlich formulierten **Text, der einen Auftrag an die Oberbürgermeisterin formuliert**, den sie als Chefin der Verwaltung umsetzen soll,
- c) sowie ein weiterer **Text, der begründet**, warum dieser Auftrag umgesetzt werden soll.



Zum formellen Weg a) braucht man mindestens **eine gewählte Stadträtin**, deren Fraktion den Antrag formell in den Stadtrat einbringt. Wie man einen Antrag formal korrekt „in den Geschäftsgang einbringt“, wissen die Stadträte und die Fraktionen. Damit sie das tun, muss man sie davon überzeugen, den Antrag einzubringen.

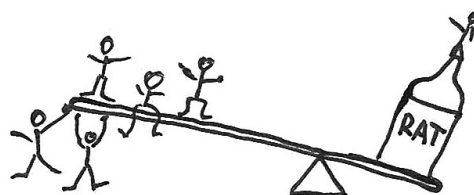
Das beste Argument für Stadträte ist ein gut formulierter Antragstext.

Wenn

- der Auftrag **klar formuliert** ist
- und das was beauftragt wird in der Hoheit des Stadtrats liegt und **nicht außerhalb der kommunalen Zuständigkeiten**,
- wenn die **Ziele** des Antrags mit anderen Zielen der Stadt übereinstimmen,
- und die **Begründung verständlich und überzeugend** darlegt, dass der Auftrag sinnvoll und nützlich ist,

dann haben Stadtratsfraktionen gute Gründe, auch solche Stadtratsanträge aufzugreifen, die von Bürgern kommen.

Machen wir ein Beispiel:



# Ein Antragsbeispiel

**Antrag:** Globale CO<sub>2</sub>-Steuer von unten einführen: Dresdens Energiebedarf senken

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- **sich für eine globale CO<sub>2</sub>-Steuer einzusetzen** und dafür
  - a) zu prüfen, welche Möglichkeiten auf kommunaler Ebene bestehen, eine vergleichbar wirkende Steuer lokal zu erheben,
  - b) ein Bonus-Malus-System zu entwerfen, bei dem die erhobenen Steuern (Malus) als Förderung (oder Bonus) an jene Stadtbewohner zurückfließen, die ihren Energiebedarf senken: in den Bereichen Haushalte, Unternehmen sowie Mobilität,
  - c) sich auf höherliegenden politischen Ebenen Freistaat Sachsen, Bund, EU und UNO für die globale Einführung einer solchen Steuer einzusetzen,
  - d) den Erfahrungsaustausch mit anderen Städten über das Thema „globale CO<sub>2</sub>-Steuer von unten einführen“ zu suchen,
  - e) für die dafür notwendigen Aktivitäten eine halbe Stelle im Stellenplan vorzusehen,
  - f) sowie eine halbjährliche Jugend- und Bürgerversammlung einzuberufen, um über die Fortschritte zu berichten und Unterstützungswünsche an die interessierte Community zu benennen.

## **Begründung:**

Ziel dieses Antrags ist es, unsere Stadt zukunftsfähiger zu machen, indem ihre Energieabhängigkeit sinkt, während unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen schrumpfen. Das Ziel einer *globalen* CO<sub>2</sub>-Steuer, die alle CO<sub>2</sub>-Emittenten global gleichstellt, soll angestrebt werden, indem der Oberbürgermeister und die für Internationales und Energieversorgung zuständigen Verwaltungsabteilungen Signale auf die höherliegenden politischen Ebenen senden. Um zu verhindern, dass während dieses Vorgehens lange nichts passiert, soll zugleich geprüft werden, welche Möglichkeiten das kommunale Selbstverwaltungsrecht bietet, um lokal damit zu beginnen, was letztlich global wirksam werden soll. Die Prüfaufträge sind als erste Schritte auf lokaler Ebene zu verstehen und sollen erkunden, welche Steuer-Möglichkeiten kommunal bestehen und wie mit den Einnahmen einer CO<sub>2</sub>-Steuer zielgerichtet umgegangen werden kann.

Der Antrag greift zwei globale Problemlagen auf:

1. Unsere heutige Energieversorgung basiert auf der Bereitstellung von kohlenstoffhaltigen Energierohstoffen (Kohle, Öl, Gas), deren Verfügbarkeit endlich ist. Diese Endlichkeit gefährdet langfristig die Daseinsvorsorge<sup>1</sup> unserer Stadt. Eine Absenkung des stadtweiten Energiebedarfs soll diese Abhängigkeit senken.
2. Die Umwandlung kohlenstoffhaltiger Energierohstoffe in Kohlendioxid

---

<sup>1</sup> „Difu-Berichte 1/2012: Was ist eigentlich öffentliche Daseinsvorsorge?“, <https://difu.de/publikationen/difu-berichte-12012/was-ist-eigentlich-oeffentliche-daseinsvorsorge.html>

trägt nach allgemeinen wissenschaftlichen Kenntnissen zu einem Treibhauseffekt bei, der langfristig einen Klimawandel auslöst. Um diesen Klimawandel zu begrenzen muss der Verbrauch von kohlenstoffhaltigen Energieträgern verringert werden, damit man sie im Boden lassen und die Anreicherung von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre beenden kann.

Eine Verringerung des städtischen Energieverbrauchs ist daher ein doppeltes Risikomanagement: Mit einem geringeren Energiebedarf wäre Dresden besser gerüstet für steigende Energiepreise und Energieversorgungsrisiken. Mit einem geringeren Ausstoß von CO<sub>2</sub> übernimmt Dresden praktische Verantwortung wie sie von jeder einzelnen Kommune weltweit übernommen werden muss, wenn der Klimawandel nicht unbegrenzt weiter beschleunigt werden soll. Da jede Kilowattstunde Strom in einem ganz bestimmten Gerät in einer ganz bestimmten Stadt verbraucht wird und jedes Molekül CO<sub>2</sub> auf die Nutzung eben dieser lokalen Geräte zurückgeht, muss letztlich die globale Energiewende aus vielen lokalen Energiewenden bestehen. Daher ist das Handeln *einer einzelnen Stadt* wichtig, denn *jede einzelne Stadt* wird handeln müssen. Die Ziele des 2013 vom Stadtrat beschlossenen Klimaschutzkonzepts sind bislang nicht erreicht worden. Dresden müßte zur Zielerreichung jährlich seine CO<sub>2</sub>-Emissionen um 3 bis 4% senken. Bislang stagniert die CO<sub>2</sub>-Bilanz.<sup>2</sup> Der vorliegende Antrag soll nach steuerlichen Hebeln suchen, die gesteckten Ziele noch gezielter anzustreben.

Kommunen haben das Recht, eigene Steuern zu erheben oder Einfluss auf die Besteuerung zu nehmen, wie die Gewerbesteuer, die Grundsteuer oder die Hundesteuer.<sup>3</sup> Daher soll geprüft werden, welche steuerlichen Möglichkeiten sich bieten, bis eine globale CO<sub>2</sub>-Steuer Realität ist. Hier kann Dresden Vorreiter auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunftsstadt sein. Zudem soll geprüft werden, wie ein Bonus-Malus-System aussieht, mit dem keine grundsätzliche Zusatzbelastung für die Stadtbewohner und -bewohnerinnen entsteht, sondern *wo Finanzerlöse aus hohem Energiebedarf* dafür eingesetzt werden, *eben diesen Energiebedarf gezielt zu senken*. Für die Stadtgesellschaft soll solch ein Bonus-Malus-System ein Nullsummengeschäft sein: es soll Risiko-Verhalten verteuern und Risiko-Vermeidung fördern, indem eingenommene Steuern für Anreize zum Umsteuern eingesetzt werden. Eingenommenes Geld wird also wieder in die Stadtgesellschaft ausgeschüttet und so unerwünschtes Verhalten verteuert, während erwünschtes Verhalten belohnt wird. Langfristig soll sich so eine Verschiebung von energieintensiven Aktivitäten hin zu energiesparsamen Aktivitäten in unserer Stadt ergeben. Das Bonus-Malus-System wirkt doppelt, da es nicht nur solche Aktivitäten fördert, die im Sinne des Antragsziels arbeiten, sondern auch gegenwirkende Aktivitäten hemmt. Für StadtbewohnerInnen lohnt es daher doppelt, sich auf einen Energiesparweg zu machen.<sup>4</sup>

Der Erfahrungsaustausch mit anderen Städten soll dazu dienen, gute Beispiele

---

2 [https://www.dresden.de/de/rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/archiv/2016/10/pm\\_034.php](https://www.dresden.de/de/rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/archiv/2016/10/pm_034.php)

3 [https://de.wikipedia.org/wiki/Kommunalabgaben#Kommunale\\_Steuern](https://de.wikipedia.org/wiki/Kommunalabgaben#Kommunale_Steuern)

4 Beispiel: Frankreich setzt ein Bonus-Malus-System beim Neukauf von PKW ein, um Anreize zugunsten energiesparsamerer PKW zu setzen: <https://de.ambafrance.org/Klimaschutz-Das-franzosische-Bonus-Malus-System-beim-Autokauf>

von vorauseilenden Kommunen aufzugreifen und aus Erfahrungen anderer zu lernen, sowie eigene Erfahrungen zu teilen. Energieversorgungssicherheit und Klimawandel sind so wichtige Facetten des modernen Stadtlebens, dass ein Erfahrungsaustausch vieler Kommunen die globale Entwicklung beschleunigt. Die halbjährliche Berichterstattung soll sich primär an Kinder und Jugendliche wenden, denn diese sind die am stärksten Betroffenen einer risikobehafteten oder Nutznießer einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung. Die Stadtverwaltung soll zugleich angehalten werden, diese Zielgruppe als potenzielle Kooperationspartner wahrzunehmen. Wenn sich im Verlauf der Bearbeitung des vorliegenden Antrags Unterstützungsbedarfe ergeben, soll die Kreativität und Gestaltungsbereitschaft der Jugend als nutzbares Potenzial aufgegriffen werden.

...

## Stadtratsanträge schreiben

Der obige Beispielantrag könnte vermutlich von einer interessierten Fraktion oder als interfraktioneller Antrag in den Stadtrat eingebracht werden. Er könnte angereichert werden um weitere Aufgaben oder um weitere Begründungen, oder um weitere Quellen; es könnten andere Begründungen gefunden werden um skeptischere Stadtratsfraktionen zur Zustimmung zu gewinnen oder andere Aufgaben formuliert werden, die in andere Richtungen weisen. Der *ausgegraute* Punkt e) soll zeigen, dass man Punkte hinzufügen oder wegnehmen kann. Dieser Verweis auf eine halbe Stelle zur Koordination der Aktivitäten rund um diesen Antrag kann (Personal-)Kosten nach sich ziehen, bei denen der Stadtrat sagen muss, woher er diese Kosten nehmen will. Dafür ist Expertise über den Stadthaushalt nützlich.

Man muss nicht alles, was man erreichen will, in einen Stadtratsantrag stecken. Man kann auch eine Serie von aufeinander aufbauen Anträgen planen, um auf Ergebnissen bereits beschlossener Anträge aufzubauen. Im vorliegenden Fall könnte beispielsweise der Stadtrat in einem Folge-Antrag beschließen, dass eine CO<sub>2</sub>-Steuer eingeführt werden soll, wenn die Prüfung ergeben hat, wie das gehen kann.

Und natürlich muss nicht jeder Antrag gleich beim ersten Mal vom Stadtrat beschlossen werden. Stadtratsanträge lösen Diskussionen aus, die man mit guter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verstärken kann. Aber das ist ein anderes Thema...

Beispiel-  gibt's wie Sand am Meer auf

